

# Gläubiger drohen mit Exekution

**Hypo-Krise.** Gläubiger wollen verhandeln, aber notfalls Geld per Gerichtsbeschluss eintreiben

VON IDA METZGER

Er ist erst 32 Jahre alt, kämpft um stolze 200 Millionen Euro und geht mit Kärnten hart ins Gericht.

Urs Fährndrich vertritt die HETA-Gläubigergruppe Teutonia, die das Rückkaufangebot von Kärnten ebenfalls abgelehnt hat. In den Worten des Investmentexperten ist keinerlei Unsicherheit zu hören. „80 Prozent der Gläubiger lehnten das Rückkaufangebot ab. Das war ein Flop der Kärntner Regierung. Kärnten soll sich endlich mit den Gläubigern an den Verhandlungstisch setzen, und mit uns sprechen“, so Fährndrich.

Rechtlich gesehen fühlen sich die Gläubiger schon jetzt auf der Siegerseite. „Es kann nicht sein, dass plötzlich die Landeshaftungen nicht mehr gelten“, meint Fährndrich, der auch auf das vom VfGH gekippte Hypo-Sanierungsgesetz verwies. „Nach dieser Rechtsansicht der Bundesregierung ist die Ausfallbürgschaft des Bundeslandes Kärnten gültig und bereits jetzt fällig.“ Der Verfassungsgerichtshof hatte Ende Juli letzten Jahres zum 2014 beschlossenen Gesetz festgestellt, dass der Gesetzgeber Haftungen nicht im Nachhinein für wertlos erklären kann.



HETA-Gläubiger Urs Fährndrich (links) und sein Anwalt Ingo Kapsch geben sich selbstbewusst

Außerdem gebe es – auch wenn es nicht in der Verfassung stehe – eine De-facto-Beistandspflicht des Bundes für Länder.

„**Wollen nicht 100 %**“ Fährndrich und sein Anwalt Ingo Kapsch warnen Kärnten vor Prozessen. Die Folgen wären desaströs. „Jedes Jahr fallen acht Prozent Ver-

zugszinsen an. Auch ist mit Rating-Downgradings anderer Bundesländer und der österreichischen Banken zu rechnen“. Der Teutonia-Gläubiger-Sprecher beharrt nicht darauf, volle 100 Prozent zu bekommen. „Schellings Behauptung, dass wir 108 Prozent wollen, ist falsch. Der Weg, den Schelling mit der Bundesanleihe einge-

schlagen hat, ist gut. Die Laufzeit müsste allerdings von 18 Jahren auf sieben bis neun Jahre verkürzt werden“, definiert Fährndrich seine Vorstellungen. Gläubiger-Anwalt Kapsch rechnet damit, dass nach dem HETA-Haircut ein zweites Moratorium folgen wird. „Das ist ein insolvenzähnlicher Zustand. Das reicht, damit die Haftungen

GERHARD DEUTSCH

schlagend werden“, meint Kapsch. Unterstützung bekommt Kapsch bei dieser Ansicht überraschend vom Bund. Die Regierung meint, dass die Rechte der Gläubiger gegenüber Kärnten durch das Abwicklungsregime des Moratoriums und des Bankenabwicklungs- und Sanierungsgesetz „unberührt“ blieben. Bekannt wurde diese Stellungnahme der Regierung durch ein Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof, in dem eine Gläubigergruppe das Bankenabwicklungs- und Sanierungsgesetz bekämpft. Der Jurist rechnet damit, dass es bis zu 24 Monate dauert, um den ersten Exekutionstitel gegen Kärnten zu erhalten. „Hier gilt das Prinzip: wer am schnellsten ist, wird noch Geld bekommen.“

## Expertenstreit

Ganz anders ist die Meinung der Kärntner Regierungsanwälte Norbert Abel und Manfred Ketzler. Sie ziehen sogar die Gültigkeit der Landeshaftungen in Zweifel. Für eine Gültigkeit müsste die HETA insolvent werden. Eine Teilinsolvenz, wie man sie im Schuldschnitt sehen könnte, reiche nicht. Es handle sich um Ausfallbürgschaften, die nur unter gewissen Umständen schlagend würden.

## HOFBURG-SPLITTER

Nach dem grünen Kandidaten Alexander Van der Bellen und der roten Hofburg-Hoffnung Rudolf Hundstorfer hat nun auch ÖVP-Mann Andreas Khol ein Komitee präsen-



Ex-Kanzler Wolfgang Schüssel unterstützt Andreas Khol

tiert ([www.andreaskhol.at](http://www.andreaskhol.at)). Der Ex-Nationalratspräsident setzt allerdings nicht auf Promis, sondern auf ein „Bürgerkomitee“, verkündete Kampagnen-Leiter Thomas Kratky. Die „Bürger“ entpuppen sich bei genauerer Betrachtung freilich vielfach als ÖVP-Politiker bzw. Ex-ÖVP-Politiker, Funktionäre und Mitarbeiter. Zu den bekanntesten Unterstützern zählen der ehemalige ÖVP-Kanzler Wolfgang Schüssel, die einstige EU-Kommissarin Benita Ferrero-Waldner, Ex-VfGH-Präsident Karl Korinek und Genetiker Markus Hengstschläger.

\*\*\* Die ÖVP fordert die Ex-OGH-Präsidentin Irmgard Griss auf, ihre Nebenjobs aufzugeben. Wie der KURIER berichtete, ist Griss ist nach wie vor Richter am von Singapur eingerichteten Internationalen Handelsgericht und Ersatzmitglied am Verfassungsgerichtshof. Für ÖVP-Verfasser